

Bericht Frauenpolitische Studienreise nach Brüssel

„ Was bringt Europa ihren Bürgerinnen?“

Vom 20. bis 24. Juni 2005 in Brüssel

Eine Veranstaltung der Frauenakademie München in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung NRW und Berlin

Leitung: Birgit Erbe, Barbara Unger

1. Überblick

Die Studienreise beinhaltete 13 Termine mit ReferentInnen aus dem *Europäischen Parlament* (Elisabeth Schrödter, MdEP; Dirk Klaas, Besucherdienst; Anna Zaborska, MdEP, Vorsitzende des Frauenrechtsausschusses; sowie der Besuch einer Plenarsitzung), der *Europäischen Kommission* (Kommissarin Danuta Hübner und ihrer MitarbeiterInnen Eddy Hartog und Virag Sandor; Prof. Dr. Helmut Maurer vom Gleichstellungsreferat in der GD Beschäftigung und Soziales; Dr. Johannes Klumpers vom Referat Frauen in der Wissenschaft, GD Forschung), *Lobbyorganisationen* (Meagen Baldwin, WIDE; Mary McPhail, EWL; Elisabeth Müller, EWLA) und die *politische Einführung zu Europa* durch eine Journalistin, Dr. Daniela Weingärtner, und einen Historiker, Malte Woydt, der uns auch durchs Europaviertel führte, sowie einen Einblick in die *belgische Frauenbewegung* beim Zentrum Amazone. Ein Besuch beim *Rat* war von diesem aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Irakkonferenz ersatzlos abgesagt worden.

Zum Kennenlernen und zur Vorbereitung und Auswertung der Termine hatten wir insgesamt fünf Sitzungen. Des Weiteren protokollierten die Teilnehmerinnen ihre Eindrücke jeden Tages in unserem Reisetagebuch auf der Internetseite der FAM.

2. Die Gruppe

20 Frauen aus unterschiedlichen beruflichen und regionalen Zusammenhängen nahmen teil: MitarbeiterInnen von Frauenorganisationen und gleichstellungspolitisch aktiven Einrichtungen; unter ihnen vier Frauen aus den neuen Mitgliedsländern (zwei aus Polen, je eine aus Tschechien und der Slowakei) und bei den Teilnehmerinnen aus Deutschland je eine mit kroatischem und eine mit türkischem Hintergrund

3. Die Gespräche

Daniela Weingärtner, Korrespondentin der taz, gab zunächst ein Stimmungsbild nach dem Gipfel vom 16. und 17. Juni 2005 ab. Nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden sei das Scheitern der Haushaltsverhandlungen ein weiterer Tiefschlag

gewesen. Zwar sei es naiv gewesen zu glauben, dass die Krise der EU mit einer Einigung über den Haushalt der EU für 2007-2013 zu überwinden gewesen wäre. Doch sei das Scheitern sowohl der EU-Verfassung als auch des Haushalts sehr zu bedauern. Der Verfassungsentwurf wäre nach Einschätzung von Weingärtner ein Fortschritt gewesen – jetzt sei er aber „beerdigt“. Die Nichtentscheidung über den EU-Haushalt sei fahrlässig gewesen. Sie wies auf die drohende Finanzierungslücke für Projekte in den Jahren 2007/2008 hin, die durch die geplatzten Verhandlungen entstehen werde. Darüber hinaus brauche die Planung der Regionalförderung einen längeren Vorlauf von 18 Monaten mit Programmausschreibung und Prüfung der nationalen Vorschläge. Da eine Einigung u.U. erst 2007 zustande kommt, drohe beim Haushaltsvollzug Verschwendung, die Bewilligung sinnloser Projekte und Korruption, weil die Verwaltung aufgrund der Zeitknappheit überfordert sein werde. Sie prognostizierte für die nächsten Jahre eine gewisse Starre der EU - „keine Denkpause sondern eine Pause im Denken“.

Nach der ersten Einstimmung ging es uns um ein *näheres Kennenlernen der Debatten in den einzelnen Mitgliedstaaten*, aus denen die Teilnehmerinnen kamen. Allgemein kritisierten die TN, dass die Verfassung schlecht kommuniziert worden sei. Da die Bevölkerung keinen Einfluss auf den Entwurf gehabt habe, sei ein Nein bei den Referenden durchaus verständlich. Die Frauenrechte wurden insgesamt als zu schwach in der Verfassung ausgestaltet eingeschätzt. Von daher wäre es wünschenswert, wenn die Verfassung neu austariert werden könnte. Unabhängig von der Krise der EU ginge die europaweite Vernetzung weiter. Als Beispiel wurden die Hochschulen genannt. Die Frauenorganisationen in Polen setzten auf die EU große Hoffnungen: zum einen (weitere) finanzielle Förderung, zum anderen Kontrolle der Regierung hinsichtlich ihrer Umsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Sowohl in Polen und der Slowakei als auch in Deutschland wurde die Frauenpolitik als in der Defensive beschrieben.

Meagen Baldwin, Geschäftsführerin von WIDE (Netzwerk Women in Development Europe), erklärte neben der konkreten Arbeit ihres entwicklungspolitischen Netzwerks (Gründung 1985) die Notwendigkeit der Arbeit von Frauen zu *economic literacy* und der Beschäftigung mit Handel und Wirtschaft über den Rahmen der EU hinaus. In Zeiten der Globalisierung könne nicht mehr getrennt auf die EU und die Entwicklungsländer geschaut werden. Wenngleich dies immer noch allgemeine Praxis sei (z.B. die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, die sich nur auf die Länder des Südens beziehen, obwohl so manches darin benannte Ziel auch in den Ländern des Nordens nicht erfüllt sei). WIDE zeichnet sich gegenüber EWL (European Women's Lobby) dadurch aus, dass es als Netzwerk mit aktuell neun nationalen Plattformen funktioniert und bei UN und WTO aus europäischer Perspektive

Lobbyarbeit macht. Gerade bei letztgenannter Arbeit mache sich die Heterogenität von Erfahrungen von Frauen aus den verschiedenen EU-Ländern bemerkbar – wenngleich der Trend zum Abbau von sozialen Leistungen, Privatisierung und wirtschaftlicher Effizienzsteigerung in allen Ländern besonders die Lage der Frauen verschlechtere. Dazu werde gerade mit den Neuen Mitgliedstaaten (NMS) intensiv gearbeitet.

Helmut Maurer vom Referat Gleichstellung von Frauen und Männern der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales wies uns auf die bereits festgeschriebenen Errungenschaften der EU in Bezug auf Gleichstellung und die juristischen Möglichkeiten seines Referats hin, die Mitgliedstaaten zur Umsetzung der EU-Richtlinien in nationale Gesetze anzuhalten. Seine Aufgabe und die des Referates sei es, die Umsetzung in nationales Recht zu überprüfen und ggf. Vertragsverletzungsverfahren anzustrengen. Das Besondere der EU-Gleichstellungsrichtlinien sei, dass sie sich nicht auf Rechtssubjekte, sondern auf WirtschaftsteilnehmerInnen beziehen würden, weshalb sie sich auf die Felder Arbeitsrecht und Sozialleistungen beschränkten.

Er erwähnte die Rolle, die der EuGH insbesondere bei der Umsetzung in deutsches Recht gespielt hatte, und zeigte sich zuversichtlich, dass auf diese Art und Weise langsam, aber sicher die von der EU festgelegte Gleichstellung in allen Mitgliedstaaten verankert würde – obwohl diese oft die Haltung hätten, erst müsste wirtschaftliches Wachstum einsetzen, dann könne man sich um Gleichstellung kümmern. In Bezug auf den EuGH räumte Maurer auch ein Missverständnis aus: der EuGH kann nicht von Einzelpersonen angerufen werden. In strittigen Fällen legen nationale Gerichte dem EuGH Fragen vor und der EuGH klärt die Interpretation europäischen Rechts. Ob auf nationaler Ebene die Gleichstellung von Frauen und Männern eingeklagt werde, hänge stark vom gesellschaftlichen Klima ab. In den NMS würde z.T. auch das Rechtssystem noch nicht so gut funktionieren.

Tatsächlich stelle der hohe Übersetzungsaufwand angesichts begrenzter Kapazitäten der Kommission ein Problem dar, das für zeitliche Verzögerungen Sorge. Andererseits verböte sich jegliche Erregung über die schlechte Situation in den NMS: Die Bundesrepublik habe immerhin über 50 Jahre gebraucht, um auf den jetzigen Stand zu kommen!

Die 6. Rahmenstrategie für Chancengleichheit wurde zunächst bis 2006 fortgeschrieben. Danach werde es voraussichtlich um Vertiefung und Überprüfung dessen gehen, was bislang erreicht wurde. Neue Rechtsetzung sei nicht zu erwarten, weil diese gegenwärtig nicht durchsetzbar wäre. Einige Aufgaben des Referates mit 15 MitarbeiterInnen werden vermutlich an das zu gründende Gender-Institut ausgelagert, das als EU-Agentur mit einem Fünfjahresetat von 50 Mio. EUR voraussichtlich ab 2007 in einem der neuen Mitgliedstaaten (Favoriten sind Prag und Budapest) arbeiten soll. Dieses Institut soll vor allem Forschung und Strategieentwicklung betreiben.

Der Historiker und Politologe, *Malte Woydt*, führte uns ein in die Stadtentwicklung Brüssels, wie sich politische und soziale Entwicklungen im Stadtbild niederschlugen. Die städtebaulichen Folgen der Erweiterungswellen der EG und später EU wurden bei dem Stadtrundgang deutlich. Mittlerweile arbeiten in rund 100 Gebäuden in der Brüsseler Innenstadt EU-BeamtInnen. Rat, Kommission und Parlament verfügen über riesige neue bzw. frisch sanierte Gebäude, die den Brüsseler Jugendstil, die kleinen Straßenzüge und Parks teilweise völlig dominieren bzw. verdrängen. Dass es bei der Auftragsvergabe und den städtebaulichen Vorschriften nicht immer nach Recht und Gesetz zugeht, wirft kein gutes Licht auf die Moral von Kommission und Parlament.

Der Termin mit MdEP *Anna Zaborska*, der Vorsitzenden des Frauenrechtsausschusses des Parlaments, diente uns dazu, dieses Gremium kennen zu lernen, das früher zentral für frauen- und gleichstellungspolitische Initiativen war. In der Vorbereitung konnten wir uns bereits darüber informieren, wie ein Gremium durch eine kontroverse Vorsitzende lahmgelegt wird, die schon vor ihrer Ernennung durch Aussagen zu Abtreibung, Homosexualität und der Rolle der Frau klar gemacht hatte, dass sie eine sehr konservative, vatikannahe Haltung einbringen würde. Frau Zaborska war durch einen politischen „Deal“ an den Vorsitz gekommen: Die sozialistische Fraktion konnte im Gegenzug die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses benennen. Der Frauenausschuss wird im Moment aber auch von sich aus kaum aktiv – eine Gefahr, wie Mary McPhail betont, da *mid-term* revidiert wird, welche Ausschüsse noch notwendig sind.

Frau Zaborska selbst berichtete kaum inhaltlich und führte die Kontroverse um sie auf eine Verleumdung der slowakischen Opposition zurück. Sie nannte die Themen der Initiativberichte, die der Ausschuss derzeit vorbereitet (Gesundheitswesen, Frauen und Armut, Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung, Evaluierung der Lissabonstrategie, die sozio-ökonomischen und politischen Rechte der Frauen in der Türkei). Sie beklagte die Tendenz, dass Themen der Frauenrechte und Chancengleichheit zunehmend dem Thema Antidiskriminierung untergeordnet und dem Frauenrechtsausschuss Kompetenzen entzogen würden, wogegen sie sich wehre. Gesetze gegen Diskriminierung hält sie nicht für wirkungsvoll. Sie empfahl vielmehr einen Stabilitätspakt der Gesellschaft gegen Diskriminierung. Aufklärungskampagnen seien hilfreicher als ein Gesetz. Entsprechend ist sie auch gegen Quoten jeder Art. Als persönliches Ziel ihres Vorsitzes will Zaborska ihre spezifischen Erfahrungen aus Osteuropa einbringen. So habe in den vormals sozialistischen Staaten Vollbeschäftigung unter Frauen geherrscht und die Kinder seien sehr früh und sehr lange in Kinderkrippen und Kindergärten gebracht worden. Das habe den Kindern nicht gut getan. Aus diesen Erfahrungen sollte gelernt werden und die Frauen

sollten selbst entscheiden können, wie sie leben wollten. Zarborska ist der Meinung, dass allen Frauen, die arbeiten wollten, dies auch von der Gesellschaft ermöglicht werden müsste. Dabei käme es, so Zaborska, nicht auf die Festlegung von Prozentsätzen, sondern auf die Kreativität der Gesellschaft an, um das in der Lissabon-Strategie formulierte Ziel einer 60-prozentigen Erwerbstätigkeit von Frauen zu erreichen.

Die Kommissarin für Regionalpolitik, *Danuta Hübner*, berichtete vom Portfolio ihres Ressorts, das mit rund einem Drittel des EU-Budgets ausgestattet ist, was die Bedeutung der Regionalpolitik unterstreiche. Ihr Ressort ist insbesondere Bedeutsam für wirtschaftliches Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Kohäsion in der EU. Zwischen den Mitgliedstaaten bestünden große Gegensätze. Seit der letzten Erweiterungsrunde sei die Regionalpolitik noch wichtiger geworden. Sie Sorge insbesondere mit ihren Instrumenten der Strukturfonds für Umverteilung. Ihre Strategie basiere auf Dezentralisierung, Subsidiarität und dem Prinzip der Partnerschaft. Strukturpolitik mache die EU auf lokaler Ebene sichtbar. So sei NRW zweitgrößte Nutzerregion nach Katalonien.

GM sei ein Grundwert in der Regionalpolitik. Die Kommission führt aktuell Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten. Gender sei Bestandteil der Verhandlungen und werde Teil des gesetzlichen Rahmens. Das Problem liege aber in der Implementierung auf nationaler und regionaler Ebene. Hier fehlten Frauen in den Gremien. Die Kommission könne nur die Prioritäten der Mitgliedsländer überprüfen, auf nationaler Ebene müsste auf die Umsetzung geachtet werden. Hierfür brauche es noch ein stärkeres Bewusstsein. Auf die Frage, ob die EU nicht strengere Vorgaben bei der Beteiligung von Frauen machen könnte, meinte Hübner, die Kommission sei zwar hart bei der Einhaltung ihrer Vorschriften, aber das Partnerschaftsprinzip setze Grenzen, wieviel Vorschriften die Kommission den Mitgliedstaaten machen könne. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die zweite Version der *Strategic Guidelines* zum Management der Strukturfonds, die im Sommer ins Internet zur Kommentierung gestellt würden. In der Kommission selbst existiere nach wie vor die klassische Geschlechterpyramide. Die neue Personalpolitik bringe aber Verbesserung. In der GD Regionalpolitik gebe es eine Direktorin, auf der nächstunteren Ebene zwei Frauen. Aber es sei dennoch ein weiter Weg bis zur Gleichstellung.

In ihrer GD wurde eine High Level Working Group aller Mitgliedstaaten zu Gender Mainstreaming eingerichtet. Auf MinisterInnen-Ebene werden dort Erfahrungen guter Praktiken ausgetauscht und versucht, die nationalen GM-Strategien zu beeinflussen. Gender Budgeting sei ihres Wissens noch kein Thema in der Kommission. Es fehlte noch an Instrumenten, Statistiken etc. Sie machten in ihrer GD aber Gender-Analysen. Als Beispiele für GM in der Regionalpolitik nannte Hübner vor allem von der EU geförderte

Frauenfördermaßnahmen wie Kleinstkreditschemata für finnische Frauen-Start-ups oder Coaching für Neu-Unternehmerinnen in Berlin-Marzahn.

Das Scheitern der Haushaltsverhandlungen schätzte auch Hübner als dramatisch ein. Denn genauso wichtig wie die Höhe des Budgets sei auch das „Timing“. Es dauere eineinhalb Jahre, um neue Politik anzuschieben. Investitionen und Projekte müssten langfristig geplant werden. In jedem Fall werde es zu Verspätungen bei der Umsetzung der neuen Förderperiode kommen.

Befragt nach den NMS wies Hübner darauf hin, dass wider aller Erwartungen die Gehälter in den NMS schnell steigen würden und bald das Niveau der alten Mitgliedstaaten erreichen könnten. Die Verwendung der ESF-Mittel in den NMS sei ausgesprochen schlecht. Es würden kaum Mittel abgerufen.

Nach dem Gespräch mit Hübner ergab sich spontan die Gelegenheit noch mit *Eddy Hartog* und *Virag Sandor* zu sprechen, die verantwortlich für Querschnittsthemen in der GD Regionalpolitik (die Arbeitseinheit heißt Thematic Development, Lisbon Strategy, Impact) und damit für die oben genannte High Level Working Group sind. Beide betonten die Wichtigkeit, die zuständigen MinisterInnen miteinander über „Good Practice“ ins Gespräch zu bringen. Frauenorganisationen seien bewusst nicht in diesen Kreis einbezogen. Es gibt aber die verbindliche Vorgabe, dass die Regierungen selbst in Dialog mit nationalen Frauenorganisationen treten. Die Treffen würden insgesamt gut angenommen und die Gruppe hätte sich für eine höhere Frequenz ausgesprochen (ursprünglich war ein Treffen pro Jahr vorgesehen). Andererseits berichtete Hartog auch davon, dass beispielsweise von deutscher Seite G//S/A aus Magdeburg als gutes Beispiel sich selbst vorstellen durfte, der zuständige Ministerialbeamte aber auf die Frage, wie man denn diese Ergebnisse und Erfahrungen bundesweit „mainstreamen“ würde, ziemlich ratlos war... Der Trick sei, die Verantwortlichen mit ihrer eigenen Logik zu konfrontieren, um Gender Mainstreaming voran zu bringen.

Die Generalsekretärin der European Women's Lobby (EWL), *Mary McPhail*, führte die schlechte Konjunktur für Frauen- und Genderthemen auch auf die letzte Erweiterungsrunde zurück: Die ersten drei bis vier Monate des neuen EP seien durch viele neue ParlamentarierInnen und MitarbeiterInnen, die die Abläufe und Arbeitskultur erst kennen lernen mussten, sehr langsam geworden. Mit der Lissabon-Agenda sei die Verpflichtung zu sozialer Inklusion geringer geworden und Wachstumsthemen stünden auf der Agenda weit oben. Zum Frauenrechtsausschuss befragt, hob sie hervor, dass dieser Ausschuss heute vor allem Kommentare in die Arbeit anderer Ausschüsse einspeise. Die Verträge von Amsterdam und Nizza, die die Grundlage für Gesetzesinitiativen auf EU-Ebene darstellen,

seien hinsichtlich der rechtlichen Gleichstellung von Frauen und Männern abgearbeitet. Durch den Vorsitz von Anna Zaborska funktioniere der Ausschuss auch schlecht und werde kaum konsultiert. Während der letzten Legislatur arbeiteten alle Mitglieder im Ausschuss fraktionsübergreifend eng zusammen; dies sei derzeit nicht der Fall. Zudem nähmen auch immer weniger Abgeordnete an den Ausschusssitzungen teil. Zwei Tage zuvor seien es fünf gewesen, wo früher rund 20 der knapp 60 Ausschussmitglieder anwesend gewesen wären. Wenn 2007, nach der Hälfte der Legislaturperiode, die Notwendigkeit aller EP-Ausschüsse überprüft werde und der Frauenrechtssausschuss diesmal noch schlechter als sonst abschneide, könnte dies das Aus für diesen Ausschuss bedeuten; zumal es viele Ansätze dazu gebe, *gender equality* dem Thema Antidiskriminierung unterzuordnen. Auch EWL ist der Ansicht, dass das Gender-Institut, wie im EP diskutiert, nicht dem Grundrechte-Institut zugeordnet werden sollte.

In dieser Lage arbeite EWL weiter mit den Fraktionen und Personen, mit denen sich die Zusammenarbeit bewährt habe. Da Zaborska die EWL trotz ausgewiesener Expertise nicht zu Anhörungen zu einschlägigen Themen einlädt (letztes Beispiel: Anhörung zu häuslicher Gewalt), ist Lissy Gröner für EWL die Kontaktperson im Frauenrechtsausschuss. Zum Referat Gleichstellung erwähnte McPhail, dass diese Einheit ebenfalls früher stärker gewesen sei. Häufige Personalwechsel (drei neue ReferatsleiterInnen in den letzten fünf Jahren) sowie eine zu geringe Anzahl von Mitarbeitenden angesichts der Aufgaben hätten das Referat geschwächt, obwohl dort engagierte Leute arbeiteten.

Irritierend für einige ist, dass es bei der Kommission ein Budget für EWL gibt, aus dem EWL jährlich 750.000 EUR erhält, und – dies erst auf Betreiben von konservativen Kräften – nun einen Haushaltstitel explizit für Frauenorganisationen, die EWL nicht angehören, in Höhe von 300.000,- EUR. Der EWL gehören rd. 400 Frauenorganisationen an. Für Deutschland ist der Frauenrat Mitglied, wobei einige Teilnehmerinnen der Studienreise beklagten, sie bekämen trotz Mailinglisten etc. keine Information über EWL-Aktivitäten. McPhail erklärte die Funktionsweise und die Budgetlinien von EWL und erwähnte, dass es weitere Zusammenschlüsse gäbe, die neben EWL aktiv seien – so das neu geschaffene European Feminist Forum, das spontaner vorgehen könne, weil es nicht den Konsens aller Mitglieder herstellen müsse.

EWLs Strategie zum Umgang mit der derzeitigen Konjunktur sei, weiterhin mit den engagierten Frauen und Männern in der Kommission und im Parlament zusammenzuarbeiten, bis sich die Lage wieder verbessert habe.

Der Besuch im Europäischen Parlament wurde von Seiten des Besucherdienstes durch *Dirk Klaas* eingeleitet. Er erklärte die Funktionsweise des EP und benannte die Fraktionen, die Anzahl der Abgeordneten (732) und der Ausschüsse (20) und beantwortete konkrete Fragen

aus der Gruppe. Da gleichzeitig Tony Blair sein Programm für den britischen Ratsvorsitz ab 1. Juli 2005 vorstellte, konnten wir dies auf einem Bildschirm verfolgen und daran die Befugnisse und Grenzen des Parlaments ersehen. Auch auf die Pendelei zwischen Straßburg und Brüssel ging Klaas ein. Sie kostet ein Sechstel der Mittel des EP und ist der zweitgrößte Posten nach den Ausgaben für Übersetzung und Dolmetschen in alle offiziellen EU-Sprachen, die ein Drittel des Haushalts verschlingen. Die Debatten des EP werden im Internet übertragen; ansonsten gibt es keine „europäische Öffentlichkeit“, etwa durch eine einheitliche Zeitung, ein Fernsehprogramm etc.

MdEP *Elisabeth Schroedter*, die wir bereits am Vorabend in informeller Runde getroffen hatten, berichtete von ihrer Arbeit, u.a. im Regionalausschuss. Auch das Gespräch mit Schroedter war stark geprägt vom gescheiterten Gipfel. Während der britischen Ratspräsidentschaft werde das Dossier der finanziellen Vorausschau und der Strukturfonds brach liegen. Fraglich sei, ob die sich anschließenden Präsidentschaften von Österreich und Finnland in der Lage sein werden, einen Kompromiss herzustellen. Im schlimmsten Fall werde das Dossier erst Anfang 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft verhandelt – wenn eigentlich schon die neue Förderphase beginnen sollte. Der Zeitverlust werde dann vor allem auf Kosten der Partizipation gehen. Für Projekte, die auf EU-Mittel angewiesen sind, sei dies eine Katastrophe, weil 2007/2008 ein Förderloch drohe. Es könne allerdings sein, dass aus dem laufenden Haushalt noch ein bis zwei Jahr länger die Förderung ausbezahlt werde. Mittel seien noch vorhanden. Ihrem Eindruck nach wolle Blair keine Strukturfonds mehr. Mit dieser Position stünde er aber alleine.

Das EP arbeitet gerade an einer Stellungnahme für eine Verordnung über den ESF. Problematisch sei vor allem, dass derzeit das Beteiligungsverfahren und das Partnerschaftsprinzip vom Rat in Frage gestellt würden. Ihr Ziel sei es, lokale Initiativen im ESF zu stärken. Zwar sei eine separate Erwähnung von Frauenmaßnahmen nicht durchgekommen, aber mehrere andere Vorgaben zusammengenommen würden die Förderung von Frauenprojekten bestimmen. Im gegenwärtigen Entwurf sei statt GM als Querschnittsthema nur allgemein Chancengleichheit (Art. 13 Amsterdamer Vertrag) erwähnt. Sie will aber versuchen, beide Themen als Querschnitt durchzubringen. Außerdem will sie erreichen, dass Gender Budgeting als Wort in den Strukturfonds vorkommt. 2003 gab es bereits einen EP-Beschluss zu Gender Budgeting, den sie hier aufgreifen will.

Ihre Einschätzung der Konjunktur von Frauen- und Gleichstellungsthemen: „Wir kämpfen darum, das Erreichte zu erhalten“. Neue Allianzen sieht sie auch außerhalb des EP und fordert die Frauenorganisationen auf, Druck auf ihre Abgeordneten auszuüben. So könnten die Frauen in den NMS vom Beispiel Polens lernen; auch die deutschen Frauen könnten Druck auf ParlamentarierInnen ausüben (z.B. auf Elmar Brock im Regionalausschuss).

Unsere anschließende Stunde im *Plenarsaal des EP* stand im Zeichen der Aussprache über die Rede Tony Blairs.

Johannes Klumpers, kommissarischer Leiter des Referats Frauen in der Wissenschaft in der GD Forschung, berichtete von der Arbeit seiner Einheit, benannte Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte und bekundete sein Interesse für Gender Budgeting für den Bereich Wissenschaft und Forschung. Seine Arbeitseinheit existiert seit 2001 und stellt eine Gender Mainstreaming- bzw. Frauen-Einheit mit politisch-strategischem Auftrag dar. Ziel ist es, den Anteil von Frauen in der Forschung, v.a. in Führungspositionen, zu steigern. Anhand des Beispiels zur Forschung über die Oberflächenspannung von Aluminium erklärte Klumpers, dass die Auswirkungen der Forschung auf Männer und Frauen zwar womöglich neutral seien, die Auswahl des Themas aber Genderrelevanz habe, weil die derzeitigen Prioritäten in der Forschung Frauen oft nicht anzögen. Seine Hypothese wäre, dass ein Thema mit Recycling von Aluminium womöglich wesentlich mehr Frauen interessierte. Während in Spanien und den baltischen Staaten Frauen in Wissenschaft und Forschung fast gleichauf lägen, sind in Deutschland nur 8% aller C4 Professuren von Frauen besetzt. Auch bereinigte Zahlen belegen, dass in Deutschland zwar gleich viele Frauen und Männer ein Studium aufnehmen, aber nur 18% Frauen für oberste Positionen in Wissenschaft und Forschung nominiert werden würden. Es sei also keine Frage des Wartens bis Frauen aufholen würden, sondern des Gender Mainstreamings, ob und wie viele Frauen in der Forschung Karriere machten. Das Referat setze hier an: Es gehört zur Politikabteilung und vergibt im Gegensatz zu anderen Referaten kaum eigene Fördermittel, sondern spricht Empfehlungen für die Vergabe aus. So wirkt es darauf hin, dass die ExpertInnendatenbank, die zur Begutachtung von Anträgen herangezogen wird, 40% Frauenanteil hat, und legt eigene Forschungsausschreibungen zu Methoden von Gender Mainstreaming, Konferenzen, etc. auf; für 2006 stehen hierfür 5,5 Mio. EUR zur Verfügung. Im Gegensatz zu unseren anderen GesprächspartnerInnen bewertet Klumpers das Scheitern des Gipfels als positiv: Seiner Generaldirektion wären im Falle des Kompromisses rd. 40 % der ursprünglich veranschlagten Mittel gestrichen worden (zugunsten eines gedeckelten Haushalts, der Fortsetzung der alten Agrarpolitik und des „Brittenrabatts“); allein Blair habe die Fahne der Wissensgesellschaft hoch gehalten.

Die frühere Präsidentin der European Women Lawyers' Association (EWLA), *Elisabeth Müller*, bot einen weiteren Einblick in die frauenpolitische Lobbyarbeit gegenüber der EU. Seit der Gründung von EWLA im Jahr 2000 versuchen Juristinnen aus 24 Ländern der EU und EFTA ehrenamtlich auf die EU-Gesetzgebung Einfluss zu nehmen: Sie schreiben

Stellungnahmen und nehmen Kontakt zu den einschlägigen Ausschüssen auf. Ihre Erfahrung mit der EU ist, dass die meisten in Parlament und Kommission dankbar für ausformulierte Textteile sind. Daher arbeitet EWLA mit Stellungnahmen, die per Telefon und E-Mail zwischen dem Vorstand und den Arbeitsgruppen abgestimmt würden. Mittlerweile sei es für EWLA leichter geworden, die richtigen Themen zur richtigen Zeit und mit der richtigen Person aufzugreifen, da beim EP (anders als beim Rat) alles auf der Internetseite zu finden ist.

Eine intensive Arbeitsphase für EWLA sei der Verfassungskonvent gewesen. Obwohl Müller die Ausweitung der Mitentscheidung des EP begrüßt hätte und Gender Mainstreaming lieber in Teil 1 als nun in Teil 3 der Verfassung gehabt hätte, bedauerte sie die Ablehnung. Positiv an der Ablehnung sei aber, dass nun alle, auch die BürgerInnen, darüber diskutierten, welchen Weg Europa gehen solle. Und: Wenn man nun die Gemeinsame Agrarpolitik in ihrer jetzigen Form und den Britenrabatt abschaffen könnte, sei der gescheiterte Gipfel ja zu etwas gut gewesen.

Zu ihrer Einschätzung des Stands von Frauen- und Gleichstellungspolitik bekundete Müller verhaltenen Optimismus: Wir seien mit den jetzigen EU-Instrumenten ganz gut dran. Wer sich direkt auf EU-Recht beziehen wolle, brauche aber eine gute Anwältin, die sich in EU-Recht auskenne. Bereits die erste Instanz könne beim EuGH Fälle zur Begutachtung vorlegen; die 3. Instanz müsse. Interessant als Informationsquelle sei auch der Europarat in Straßburg, der viele Rechtsvergleiche gemacht habe und gute Resolutionen verabschiedet habe. Und zum Abschied meinte sie: Wer sich für die Menschenrechte einsetzt, müsse einfach eine Optimistin sein.

Der letzte Vormittag war der Erkundung belgischer Frauen- und Gleichstellungsaktivitäten gewidmet. *Inge van der Stichelen* gab einen kurzen Überblick über die Geschichte und die Struktur von Amazone. Dieses Zentrum wurde 1995 von der damaligen belgischen Gleichstellungsministerin gegründet und finanziert sich zur Hälfte von staatlichen Zuschüssen vom Institut für Gleichstellung. Die andere Hälfte von insgesamt rund einer Mio. Euro speist sich zum Teil aus Mitteln der Europäischen Union für Projekte, zum anderen aus Einnahmen für Vermietung und aus dem Restaurantbetrieb. Amazone ist kein herkömmliches Frauenzentrum, sondern stellt Informationen und Ressourcen zur Verfügung. Auf drei Etagen verteilen sich Büros für die vertretenen Organisationen, eine Bibliothek, ein Restaurant, ein Konferenzraum und verschiedene Tagungsräume. Gelegentlich werden Ausstellungen durchgeführt. Unter den 20 ansässigen Organisationen (vgl. www.amazone.be, die Website ist dreisprachig) finden sich unterschiedliche belgische Frauenorganisationen (die nach Sprachgemeinschaften organisiert sind), die Frauenuniversität und ein Dokumentationszentrum, das europaweit Informationen zu Gender

Mainstreaming sammelt und über das Internet zugänglich macht (DIGMA), sowie ein elektronischer newsletter (elektr@). Über den belgischen Frauenrat der französischsprachigen Frauen (CFFB) informierte uns *Marie-Noelle Vroonen*, eine von vier Vizepräsidentinnen (die jede eine der großen vier belgischen Parteien vertreten; sie selbst ist von den Grünen). Vor 100 Jahren gegründet, vertritt der belgische Frauenrat mittlerweile 750 Einzelmitglieder und etwa 160 Frauenorganisationen. Sie befassen sich mit den frauenrelevanten Themen in der gesamten Bandbreite, führen Studien, Tagungen, Seminare durch, organisieren den Austausch untereinander und machen natürlich vor allem aktive politische Lobbyarbeit. In der Diskussion mit *Els Flour* von Vrouwen Overleg Komitee (VOK, Women's discussion committee) und *Mieke van Nulen*, der Geschäftsführerin von Amazone, wurden die vielen Ebenen (Ministerialebene, Bundesinstitut, regionale Ebene, lokale Ebene) zwar als komplex charakterisiert, aber in dieser Vielfalt als praktisch für die Akquise von Mitteln angesehen. Das Frauen-Diskussionsforum arbeitet sehr stark themenbezogen und legt als feministische Organisation Wert auf ihre Unabhängigkeit. In Anknüpfung an einen Frauen-Aktions-Tag mit Simone de Beauvoir am 11.11.1972 führen sie jedes Jahr an diesem Tag den Frauentag durch.

4. Auswertung der Teilnehmerinnen

Einige Frauen fanden die Veranstaltung rund und kompakt, andere hätten sich, zumal aufgrund der ungewöhnlichen Hitze, weniger Termine gewünscht. Die Mischung und die Auswahl der Gesprächspartnerinnen wurde dennoch als sehr positiv bewertet. Einige hätten sich eine grundlegendere und ausführliche Einführung in die EU und zu den jeweiligen Gesprächsterminen gewünscht, da sie keine Zeit hatten, die Materialien vorab zu lesen. Einig war sich die Mehrzahl, dass uns der Austausch untereinander spannend und wichtig war und er aufgrund des dichten Programms vergleichsweise kurz kam. So blieben individuelle Gespräche und der Nachklapp zu einigen Programmpunkten kleineren informellen Runden überlassen. Die Teilnahme von Frauen aus verschiedenen EU-Ländern wurde als bereichernd aufgenommen.

Berlin/München, 12.7.2005

Barbara Unger/Birgit Erbe

Weitere Informationen:

Frauenakademie München e.V.

Auenstraße 31

80469 München

oder per mail: info@frauenakademie.de